



Verfassung

des

Kantons Wallis

vom 8. März 1907

Buchdruckerei Mengis, Visp
1964

PA

12.782

PA 12.782



66/1855

Médiathèque VS Mediathek



1010802834

PA 12782

Verfassung

des

Kantons Wallis

vom 8. März 1907 einschließlich Revisionen



Im Namen Gottes des Allmächtigen!

I. Titel

Allgemeine Grundsätze

Art. 1.

Wallis bildet eine innert der Schranken der Bundesverfassung souveräne und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte demokratische Republik.

Die Souveränität beruht im Volke und wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar von den durch die Verfassung eingesetzten Behörden ausgeübt.

Art. 2.

Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion.
Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich.

Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet.

Art. 3.

Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

Es gibt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder Familien.

Art. 4.

Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, außer in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Ungesetzlich Verhaftete sowie unschuldig Verurteilte sind durch den Staat angemessen zu entschädigen. Das Gesetz regelt die Anwendung dieses Grundsatzes.

Art. 5.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Art. 6.

Das Eigentum ist unverletzlich.

Von diesem Grundsatz kann nur aus Rücksichten öffentlichen Nutzens mittelst einer gerechten Entschädigung und in den vom Gesetze vorgesehenen Formen abgewichen werden.

Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder Gemeinden, aus Rücksichten öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.

Art. 7.

Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Bodenzins belastet werden.

Art. 8.

Die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, sowie die Freiheit der Presse sind gesichert. Das Gesetz bestraft den Mißbrauch derselben.

Art. 9.

Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Die Ausübung desselben wird vom Gesetze bestimmt.

Art. 10.

Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und Versammlungsrecht, die freie Ausübung jeder Berufsart in Kunst und Wissenschaft, sowie die Freiheit des Handels und der Gewerbe sind gewährleistet.

Die Ausübung dieser Rechte wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 11.

Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 12.

Die französische und die deutsche Sprache sind als Landessprachen erklärt.

Der Grundsatz der Gleichberechtigung beider Sprachen soll in der Gesetzgebung und in der Verwaltung durchgeführt werden.

Art. 13.

Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.

Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.

Art. 14.

Der Staat erläßt Vorschriften betreffend Arbeiterschutz und Sicherung der Arbeiterfreiheit.

Art. 15.

Der Staat fördert und unterstützt nach Maßgabe der ihm zu Gebote stehenden finanziellen Mittel:

1. Die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und im allgemeinen alle den Kanton interessierenden Zweige der Staatswirtschaft.
2. Den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe.
3. Die Viehzucht, die Milchwirtschaft, den Rebbaup, den Obstbau, die Alpwirtschaft, die Bodenverbesserungen, die Forstwirtschaft und das landwirtschaftliche und berufliche Genossenschaftswesen.

Art. 16.

Der Staat organisiert und unterstützt die Viehversicherung.

Er kann auch andere Versicherungen und besonders die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen.

Art. 17.

Der Staat fördert die Entwicklung des Straßennetzes und der übrigen Verkehrsmittel.

Er steht ferner vermittelt Beiträgen für die Dämmung der Rhone, sowie für die Dämmung und Verbauung der Bäche und Wildbäche ein.

Art. 18.

Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder sowie andere Wohltätigkeitsanstalten.

Art. 19.

Der Staat wird die Errichtung von Bezirks- oder Kreis-Spitälern, -Kliniken- und Krankenhäusern fördern und unterstützen.

Er kann auch eine gleichartige kantonale Anstalt errichten.

Art. 20.

Die finanzielle Beteiligung des Staates in den von den Art. 15, 16, 17, 18 und 19 vorgesehenen Fällen wird durch Spezialgesetze bestimmt werden.

Art. 21.

Die Behörden und öffentlichen Beamten sind für ihre Amtsverrichtungen verantwortlich.

Für die Amtsverrichtungen der vom Staate ernannten Beamten ist dieser subsidarisch haftbar.

Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche eine Amtsbürgschaft zu leisten haben.

Art. 22.

Die Abberufung oder Absetzung eines öffentlichen Beamten oder Angestellten kann nur nach seiner Einvernahme oder Vorladung und auf Grund eines motivierten Beschlusses derjenigen Behörde erfolgen, die ihn ernannt hat.

Art. 23.

Die Staatsausgaben werden bestritten:

- a) aus den Einkünften des Staatsvermögens;
- b) aus dem Ertrag der Hoheitsrechte;
- c) aus den Fiskalgebühren und den verschiedenen Einkünften;
- d) aus den Bundes-Entschädigungen, Beiträgen und Verteilungen;
- e) aus den Steuern.

Art. 24.¹⁾

Die Staats- und Gemeindesteuern werden durch die Gesetzgebung festgesetzt unter Wahrung der Grundsätze der Progression und eines gewissen Existenzminimums.

¹⁾ Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

Art. 25.

Die Tilgung der Staatsschuld mittelst regelmäßigen, jährlichen Abschlagszahlungen ist obligatorisch erklärt.

II. Titel

Einteilung des Kantons

Art. 26.¹⁾

Der Kanton ist in Bezirke eingeteilt.

Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.

Der Große Rat kann, nach Anhörung der Beteiligten, durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke, und durch ein Dekret diejenigen der Gemeinden abändern.

Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Art. 27.

Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Großen Rates, des Staatsrates und des Kantonsgerichtes.

Wenn wichtige Umstände es erfordern, können diese Behörden anderswo tagen.

Das Dekret vom 1. Dezember 1882 bestimmt die Leistungen des Hauptortes.

Bei Errichtung von, kantonalen Anstalten soll billige Rücksicht auf die verschiedenen Landesteile genommen werden.

Die Gemeinde, welche als Sitz einer kantonalen Anstalt bezeichnet wird, kann zu gewissen Leistungen oder Beiträgen gehalten werden.

III. Titel

Politischer Stand der Bürger

Art. 28.

Walliser sind:

1. Die einer Gemeinde des Kantons auf Grund der Geburt angehörenden Bürger.
2. Diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht durch das Gesetz oder den Großen Rat erteilt worden ist.

Wenn das Kantonsbürgerrecht durch den Großen Rat erteilt wird, hat der Bewerber, sofern sein Gesuch berücksichtigt werden soll, eine Erklärung zu erbringen, wonach eine Gemeinde des Kantons ihm das Bürgerrecht zusichert, und die übrigen durch das Gesetz über die Erteilung des Kantonsbürgerrechtes vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.

¹⁾ Vgl. für die Grenzänderungen Art. 31, 32 und 33 des Dekretes vom 22. Mai 1914 betr. Grundbuch und Art. 2 des 21. November 1930.

Kein Kantonsfremder kann ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erwerben, ohne vorher vom Großen Rate das Kantonsbürgerrecht erhalten zu haben.

Die im Art. 44 der Bundesverfassung vorgesehene Bundesgesetzgebung ist vorbehalten.

Art. 29.

Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in anderen Gemeinden das Bürgerrecht erwerben.

IV. Titel

Ausübung der Volksrechte

Art. 30¹⁾.

Der Volksabstimmung unterliegen:

1. Die Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der Verfassung.
2. Die Konkordate, Abkommen, Verträge, soweit sie in der Zuständigkeit der Kantone liegen.
3. Die vom Großen Rate ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete.
Ausgenommen sind:
 - a) die Dekrete dringlicher Natur oder diejenigen von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite. Diese Ausnahme soll jedoch in jedem einzelnen Falle Gegenstand eines speziellen motivierten Beschlusses bilden;
 - b) die gesetzgeberischen Erlasse, die zur Vollziehung der Bundesgesetze notwendig sind;
 - c) die außerordentlichen Beiträge, welche die Eidgenossenschaft in Gemäßheit des Art. 42 der Bundesverfassung den Kantonen auferlegen kann.
4. Jede Schlußnahme des Großen Rates, welche eine außerordentliche Ausgabe von Fr. 200 000.— zur Folge hat, wenn diese Ausgabe aus dem Ertrage der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlages nicht gedeckt werden kann.

Art. 31.

Das Volk kann auf dem Wege der Initiative:

- a) den Erlaß eines neuen, die Abänderung oder Aufhebung eines seit wenigstens vier Jahren in Kraft bestehenden Gesetzes begehren;
- b) einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorlegen.

¹⁾ Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

Im einen wie im andern Falle muß das Begehren in der im Art. 107 vorgesehenen Form durch die Unterschrift von 4000 stimmberechtigten Bürgern unterstützt werden.

Art. 32.

Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und der Große Rat mit demselben einverstanden ist, so hat er einen Gesetzesentwurf im Sinne der Initianten auszuarbeiten und das neue oder abgeänderte Gesetz dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

Stimmt dagegen der Große Rat dem Begehren nicht zu, so ist dasselbe dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Der Große Rat kann seinen Beschluß vor dem Volke begründen.

Sofern die Mehrheit der stimmenden Bürger sich bejahend ausspricht, so hat der Große Rat in der im ersten Absatze des gegenwärtigen Artikels vorgezeichneten Weise vorzugehen.

Art. 33.

Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt und stimmt der Große Rat demselben zu, so ist der Entwurf in dieser Fassung dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Große Rat einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder dem Volke kurzweg die Verwerfung des Vorschlages beantragen.

Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 34.

Wenn ein Initiativbegehren neue Staatsausgaben zur Folge hat, welche durch die gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden können, oder wenn durch dasselbe bestehende Staatseinnahmen unterdrückt werden, so wird der Große Rat dem Volke gleichzeitig neue Einnahmequellen zum Vorschlag bringen.

Art. 35.

In der Regel wird das Volk alljährlich im Laufe des Monats Dezember zur Urne berufen, um sich gleichzeitig über die vom Großen Rate erlassenen oder von der Volksinitiative ausgehenden Gesetze und Dekrete auszusprechen.

Der Staatsrat bezeichnet den Tag der Abstimmung und das Gesetz bestimmt das zu beobachtende Verfahren.

V. Titel

Oeffentliche Gewalten

Art. 36.

Die öffentlichen Gewalten sind:

- Die gesetzgebende Gewalt.
- Die vollziehende und verwaltende Gewalt.
- Die richterliche Gewalt.

I. Kapitel

Gesetzgebende Gewalt

Art. 37.

Unter Vorbehalt der dem Volke eingeräumten Rechte, wird die gesetzgebende Gewalt vom Großen Rate ausgeübt.

Art. 38.

Der Große Rat versammelt sich von Rechts wegen:

- a) zur konstituierenden Session am dritten Montag nach seiner Gesamterneuerung;
- b) zur ordentlichen Session alljährlich am 2. Montag Mai und 2. Montag November;

Außerordentlicher Weise tritt er zusammen:

- a) infolge Beschlusses des Großen Rates selbst;
- b) auf die Initiative des Staatsrates;
- c) auf das schriftliche und begründete Begehren von wenigstens 20 Abgeordneten.

Art. 39.

Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage.

Wenn wichtige Interessen es erfordern, kann jedoch dieselbe verlängert werden. Der Große Rat entscheidet darüber.

Art. 40.

Die Sitzungen des Großen Rates sind öffentliche. Wenn die Umstände es erheischen, kann jedoch geheime Verhandlung beschlossen werden.

Art. 41.

Die Beschlüsse des Großen Rates werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt.

Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit des Rates erforderlich.

Art. 42.

Der Große Rat ernennt bei seiner Konstituierung und in der ersten ordentlichen Session der folgenden Jahre aus seiner Mitte seinen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 43.¹⁾

Der Große Rat wählt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode das Kantonsgericht und ernennt in jeder Maisession den Präsidenten und Vize-Präsidenten dieser Behörde.

Art. 44.

Dem Großen Rate stehen folgende Amtsbefugnisse zu:

1. Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt über die Gültigkeit ihrer Wahl.
2. Er berät über die ihm vom Staatsrate unterbreiteten Gesetzes- und Dekretsentwürfe. Im Falle der Volksinitiative geht er nach Maßgabe der Artikel 32 und 33 vor.
3. Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus.
4. Er bewilligt das Kantonsbürgerrecht.
5. Er prüft die Amtsführung des Staatsrates und berät über deren Genehmigung.

Er kann zu jeder Zeit von der vollziehenden Gewalt über einen Akt ihrer Verwaltung Rechenschaft verlangen.

6. Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates, untersucht und schließt die Staatsrechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögens fest.

Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht; das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart.

7. Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden, deren Bestellung dem Staate zukommt.

8. ²⁾

9. ²⁾

10. Er schließt mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, innert den Schranken der Bundesverfassung und unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Volk.
11. Er erteilt die Bergwerks-Konzessionen.
12. Er bestimmt die Gehälter der öffentlichen Beamten und setzt die nötige Summe für die Besoldung der Staatsangestellten aus.
13. Er erteilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung oder Verpfändung der Staatsgüter und zu den Staatsanleihen.

¹⁾ Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

²⁾ Aufgehoben durch die Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

14. Er übt die souveräne Gewalt in allem aus, was die Verfassung nicht dem Volke vorbehält oder einer andern Gewalt überträgt.
15. Er übt die dem Kantone in den Art. 86, 89 und 93 der Bundesverfassung eingeräumten Rechte aus.

Art. 45.

Der Große Rat kann den Staatsrat einladen, einen Gesetzes- oder Dekrets-Entwurf auszuarbeiten und die Frist zur Einbringung desselben zu bestimmen.

Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so ist der Staatsrat gehalten, dasselbe noch während der Dauer der nämlichen Session vorzulegen.

Art. 46.

Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe werden in zwei Lesungen und in zwei ordentlichen Sessionen durchberaten.

Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so findet die zweite Lesung in der nämlichen Session statt.

Art. 47.

Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verwaltungsbefehle gebunden werden.

Art. 48.

Die Mitglieder des Großen Rates dürfen ohne Ermächtigung desselben während der Session weder verhaftet noch strafrechtlich verfolgt werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer Tat.

Die Mitglieder des Großen Rates sind für die von ihnen in der Sitzung gehaltenen Reden einzig dem Großen Rate verantwortlich.

Insofern die Reden Beleidigungen oder Schmähungen enthalten, kann die Versammlung die Ermächtigung zur Verfolgung derselben auf dem gewöhnlichen Verfahren erteilen.

Art. 49.

Die Stelle eines Abgeordneten auf den Großen Rat ist unvereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Bureaux des Staatsrates.

Diese Unverträglichkeit ist auch auf die Bezirkseinknehmer und die Betreibungs- und Konkursbeamten anwendbar.

Art. 50.

Es können nicht gleichzeitig im Großen Rate sitzen:

Der Regierungsstatthalter und sein Substitut, der Einleitungsrichter und sein Ersatzmann, der Hypothekarverwahrer und dessen Stellvertreter, der Einregistrierungsbeamte und sein Stellvertreter, der Zivilstandsbeamte und sein Stellvertreter.

Art. 51.

Jeder freigewordene Sitz im Großen Rate muß gemäß Gesetz wieder besetzt werden.

II. Kapitel

Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 52¹⁾.

Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrate anvertraut.

Einer derselben wird aus den Wählern des Kantonsteiles ernannt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron und Leuk umfaßt; einer auf jenen der Bezirke Siders, Sitten, Ering und Gundis, und einer aus jenen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey.

Die zwei andern werden aus den sämtlichen Wählern des Kantons ernannt. Jedoch darf nicht mehr als ein Staatsrat aus den Wählern des nämlichen Bezirkes ernannt werden.

Die Mitglieder des Staatsrates werden am gleichen Tage wie die Mitglieder des Großen Rates direkt vom Volke gewählt und treten ihr Amt am darauffolgenden 1. Mai an. Ihre Wahl erfolgt nach dem Mehrheitssystem. Der Staatsrat konstituiert sich alljährlich selbst. Der ausscheidende Präsident ist nicht unmittelbar wieder wählbar.

Die frei gewordene Stelle eines Staatsrates ist nach 60 Tagen wieder zu besetzen, insofern die Gesamterneuerung nicht innert vier Monaten erfolgt.

Die Wahl der Mitglieder des Staatsrates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlverhandlungen am bestimmten Tage nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

Hat sich im ersten Wahlgange die absolute Mehrheit nicht auf so viele Personen vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen, und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben, erhalten haben.

Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit auf sich vereinigt haben, größer als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

1) Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

Haben zwei oder mehrere Bürger des nämlichen Bezirkes die absolute Mehrheit erhalten, so gilt nur derjenige als gewählt, der die meisten Stimmen erhalten hat.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Art. 53.

Die Amtsbefugnisse des Staatsrates sind:

1. Er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor.
2. Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen und erläßt zu diesem Behufe die notwendigen Beschlüsse.
3. Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung.
4. Er verfügt über die Wehrmannschaft des Kantons innert der Schranken der Bundesverfassung und der Bundesgesetze.

Wenn es die Umstände erheischen, wird er den Großen Rat einberufen.

Derselbe ist unverzüglich einzuberufen, wenn die aufgebotenen Truppen den Effektivbestand eines Bataillons übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.

Der Staatsrat kann nur vom Gesetze organisierte Truppen aufbieten.

5. Er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen.
6. Er ernennt, mit Einschluß des Majors-Grades, sämtliche Offiziere der kantonalen Truppeneinheiten.
7. Er wählt die Beamten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist.
8. Er überwacht die untergeordneten Behörden und erteilt Weisungen für alle Verwaltungszweige.
9. Er kann nach erfolgter Einvernahme die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern, seine Befehle zu vollziehen, durch motivierten und ihnen mitgeteilten Beschluß, in ihren Amtsverrichtungen einstellen, muß aber dem Großen Rate in dessen nächster Session darüber Bericht erstatten.
10. Er bewilligt die Uebertragung von Bergwerks-Konzessionen.

Art. 54.

Der Staatsrat ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht über dieselbe und übermittelt gleichzeitig dem Großen Rate ein vollständiges und ausführliches Inventar des öffentlichen Vermögens.

Art. 55.

Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Ausübung des Mandates eines Abgeordneten auf den Großen Rat.

Die Staatsräte haben bei den Verhandlungen des Großen Rates beratende Stimme.

Die Amtsverrichtungen eines Staatsrates sind unvereinbar mit denjenigen eines Verwaltungsrates einer Gesellschaft, welche finanzielle Zwecke verfolgt.

Art. 56.

Die Mitglieder des Staatsrates können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

Die Ausübung freier Berufsarten ist ihnen ebenfalls untersagt.

Art. 57.

In den eidgenössischen Räten darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrates sitzen.

Art. 58.

Der Staatsrat verteilt die Erledigung der Geschäfte nach Departementen.

Ein vom Großen Rate genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und den Geschäftskreis derselben.

Art. 59.

Die Regierung hat in jedem Bezirke für die Vollziehung der Gesetze und den Dienst der Verwaltung einen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

Die Amtsbefugnisse des Regierungsstatthalters sind durch das Gesetz bestimmt.

III. Kapitel

Richterliche Gewalt

Art. 60.

Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrate abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Kantonsgerichte oder im Kreisgerichte bekleiden.

Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.

Art. 61.

Das Kantonsgericht erstattet alljährlich dem Großen Rate durch das Organ des Staatsrates Bericht über alle Zweige der Justizverwaltung.

Art. 62.

Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirke ein Richter und ein Richterstatthalter;
für jeden Kreis ein Zivil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;
und für den Kanton ein Kantonsgericht.
Die Mitglieder des Kantonsgerichtes sollen die Kenntniss der beiden Landessprachen besitzen.

Art. 63.

Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Gerichte, deren Zusammensetzung, die Wahl und Besoldungsweise der Richter, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und andern Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz bestimmt.

Es können nur vier Kreisgerichte bestehen.

Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wähler des Amtsbezirkes oder der Gemeinde gewählt.

Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Art. 64.

Der Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, ein Handelsgericht und ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen.

Art. 65.

Es besteht ein Verwaltungsgericht, sowie ein Gericht, das über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

Diese Gerichte werden durch eigene Gesetze organisiert.

VI. Titel

Bezirks- und Gemeindeverwaltung

I. Kapitel.

Bezirksrat

Art. 66.

Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrat.

Der Gemeinderat wählt seine Delegierten auf denselben im Verhältnis von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.

Der Bruch von hunderteinundfünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.

Jede Gemeinde, welches immer ihre Bevölkerung sein mag, ernannt wenigstens einen Abgeordneten.

Der Regierungsstatthalter oder dessen Substitut führt beim Bezirksrate den Vorsitz.

Art. 67.

Der Bezirksrat schließt die Rechnungen des Bezirkes ab und verteilt die demselben zufallenden Lasten unter die Gemeinden, unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat.

Er nimmt alljährlich Kenntniss von dem Berichte über die Finanzverwaltung des Staates.

Er vertritt den Bezirk und wacht im besondern über dessen ökonomische Entwicklung und die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte desselben.

Art. 68.

Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weitem Amtsbefugnisse dieses Rates.

II. Kapitel.

Gemeindeverwaltung.

Art. 69.

Die Gemeinden ordnen innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze ihre Angelegenheiten selbständig.

Art. 70.

In jeder Gemeinde besteht:

1. Eine Urversammlung.
2. Ein Gemeinderat (Munizipalität).
3. Eine Bürgerversammlung.

Wenn die Zahl der Nichtbürger wenigstens die Hälfte der Urversammlung bildet oder der Rat zur Hälfte aus Nichtbürgern besteht, so ist die Bürgerversammlung berechtigt, die Bildung eines Bügerrates zu begehren.

Art. 71.

Dasjenige Bürgervermögen, welches vor der Organisation der Munizipalgemeinde eine öffentliche Bestimmung hatte und das an die Munizipalität übergegangen, wird durch das Gesetz bestimmt.

Art. 72.

Die Urversammlung besteht:

1. aus den Bürgern;
2. aus den kraft der Bundesgesetzgebung stimmberechtigten Walliser- und Schweizerbürgern.

Art. 73.

Die Urversammlung ernennt den Gemeinderat, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Gemeinde und eventuell den Generalrat.

Art. 74.

Die Burgerversammlung besteht ausschließlich aus Burgern.

Sie ernennt, eintretendenfalls, den Burgerrat, dessen Mitgliederzahl sie festsetzt, den Präsidenten und den Vizepräsidenten desselben.

Sie entscheidet innerhalb der Grenzen des Gesetzes über die Aufnahme von neuen Burgern.

Art. 75.

Die Urversammlung und die Burgerversammlung beraten, jede insoweit es sie betrifft, über die den Genuß ihres Vermögens und die Polizei beschlagenden Reglemente und anderweitigen Ortsverordnungen, über die Veräußerung und Verpfändung ihrer Güter und über die Rechtshändel in Appell.

Sie nehmen alljährlich Kenntnis vom Kostenvoranschlag, von den Rechnungen und der Verwaltung des Rates.

Art. 76.

Der Gemeinderat besteht aus wenigstens drei und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Er sorgt für die Gemeindeverwaltung im allgemeinen, er arbeitet die Ortsreglemente aus und sorgt für deren Vollziehung. Er ernennt seine Angestellten und bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, schließt die Rechnungen ab und verteilt die öffentlichen Lasten.

Art. 77.

Die Urversammlung kann gleichzeitig mit dem Gemeinderate auch einen Generalrat erwählen. Das Gesetz bestimmt die Organisation und die Kompetenzen desselben.

Art. 78.

Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern.

Er überwacht die Interessen der Burgerschaft, verwaltet deren Güter, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuß des Burgervermögens vor und erstattet alljährlich Rechenschaft über seine Verwaltung.

Art. 79.

In den Ortschaften, wo kein Burgerrat besteht, besorgt der Gemeinderat dessen Amtsgeschäfte.

Art. 80.

Die Organisation und die andern Befugnisse dieser Räte sind durch das Gesetz bestimmt.

Art. 81.

In den Gemeinden von 400 Stimmfähigen mit zerstreuter Bevölkerung, wo bereits Sektionen bestehen, können die Ur- und Bürgerversammlungen sektionsweise stimmen.

Diese Vergünstigung kann durch das Gesetz auf andere Gemeinden mit zerstreuter Bevölkerung ausgedehnt werden.

Art. 82.

Der Staatsrat übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Bürgerverwaltungen aus.

Die Gemeinde- und Bürgerreglemente unterliegen seiner Genehmigung.

Er interveniert auch, wenn von einem oder mehreren Beteiligten Klage erhoben wird.

Art. 83.

Die Gemeinden und Burgerschaften sind gehalten, dem Staatsrate jede wichtigere Schlußnahme zur Genehmigung zu unterbreiten, welche den Verkauf, den Tausch, die Pacht, die Teilung von Liegenschaften, die Veräußerung von Kapitalien, die Aufnahme von konsolidierten Anleihen und die Erteilung von Wasserkraft-Konzessionen oder deren Uebertragung zum Gegenstand hat.

Das Gesetz bestimmt das Nähere.

VII. Titel

Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit. Dauer der öffentlichen Aemter

Art. 84¹⁾.

Der Große Rat setzt sich aus 130 Abgeordneten und ebensovielen Ersatzmännern zusammen, die direkt vom Volke gewählt werden.

Die Sitze werden wie folgt unter die Bezirke verteilt:

Die Gesamtzahl der schweizerischen Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 130 geteilt. Der so erhaltene Quotient wird auf die nächsthöhere Zahl aufgerundet und bildet dann die Verteilungszahl. Jeder Bezirk erhält sovielman einen Abgeordneten und einen Ersatzmann zugeteilt, als die Verteilungszahl in der Zahl seiner schweizerischen Wohnbevölkerung enthalten ist. Werden durch diese Verteilung nicht alle Sitze ermittelt, so fallen die verbleibenden Sitze den Bezirken zu, welche die größten Zahlresten aufweisen.

Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahlen erfolgen bezirksweise und zwar nach dem Proportional-Wahlverfahren. Die Anwendungsart dieses Grundsatzes ist durch das Gesetz bestimmt.

Art. 85.

Der Große Rat, der Staatsrat, die Gerichtsbeamten, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind für eine Amtsdauer von 4 Jahren gewählt.

Der Präsident und der Vizepräsident des Staatsrates sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Art. 85^{bis}.²⁾

Die Abgeordneten auf den Ständerat werden bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates direkt vom Volke gewählt. Diese Wahlen erfolgen im ganzen Kanton als einziger Wahlkreis nach dem Mehrheitssystem³⁾.

Die Wahl des Ständerates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlen am bestimmten Tag nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

Hat sich im ersten Wahlgange die absolute Mehrheit nicht auf sovielen Abgeordnete vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen, und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben, erhalten haben.

Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit erhalten haben, größer als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

¹⁾ Volksabstimmung vom 21. Dezember 1952.

²⁾ Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

³⁾ Volksabstimmung vom 11. März 1934.

Art. 86.

Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Großen Rates findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.

Der neugewählte Große Rat tritt mit der Eröffnung der konstituierenden Session in Amtstätigkeit.

Art. 87.

Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am ersten Sonntag Dezember statt. In der Regel werden dieselben mit der absoluten Mehrheit und mittelst Listenskrutinium vorgenommen. Durch das Wahlgesetz wird jedoch das Recht zur Einführung der Minderheitsvertretung mittelst der limitierten oder der Verhältniswahl (proportionales Wahlverfahren) den Gemeinden zugesichert. Hierzu ist jedoch jeweils das Verlangen eines Fünftels der Wähler erforderlich.

Die Wahlart wird durch ein Gesetz bestimmt.

Die Gemeindebehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

Im Fall von Einsprachen entscheidet der Staatsrat, welche Behörden bis zum Eintreten des Urteils zu amten haben.

Art. 88.

Mit Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres kann der Bürger seine politischen Rechte ausüben.

Jeder Stimmfähige ist zu den öffentlichen Aemtern wählbar.

Art. 89.

Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen oder Verwaltungsämter bekleiden.

Art. 90.¹⁾

(Aufgehoben.)

Art. 91.

Es können nicht zugleich im Staatsrate sitzen:

1. Vater und Sohn.
2. Schwiegervater und Schwiegersohn.
3. Stiefvater und Stiefsohn.
4. Brüder und Stiefbrüder.
5. Schwäger durch direkte Verschwägerung.
6. Oheim und Neffe durch Blutsverwandtschaft.

Diese Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Bürgergerräte, sowie auf die Gerichte und Gerichtsschreiber, die unter 1 und 2 angeführten auch auf die Generalräte anwendbar.

¹⁾ Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.

Art. 92

Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und Bundesgesetzgebung bestimmt.

Art. 93.

Der Regierungsstatthalter darf keine Gerichtsbeamtungen bekleiden.

Art. 94.

Die nämliche Person kann nicht zwei Aemter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiete, deren eines dem andern untergeordnet ist, auf sich vereinigen.

Art. 95.

Niemand kann zugleich Präsident und Richter derselben Gemeinde sein.

Art. 96.

Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Munizipalrates und des Burgerrates sein.

Art. 97.

Kein patentierter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er das Schreibamt versieht, einen Handel führen.

Art. 98.

Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeiten und kann die Häufung (Kumulation) gewisser Beamtungen verbieten.

Art. 99.

Die in der gegenwärtigen Verfassung vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle sind auf die Substituten oder Ersatzmänner nicht anwendbar.

VIII. Titel

Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus

Art. 100.

Der Staatsrat sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag des Inkrafttretens derselben, wenn anders ihn nicht der Große Rat selbst festsetzt.

Art. 101.

Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) eine Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der gegenwärtigen Verfassung verlangen.

Das Initiativbegehren kann in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.

Im einen wie im andern Falle muß das Begehren durch die Unterschrift von sechstausend Aktivmitbürgern unterstützt werden.

Art. 102.

Wird das Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt, so ist dasselbe dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Der Große Rat kann, wenn er es für zweckmäßig erachtet, dasselbe mit einer Vormeinung begleiten.

Die Urversammlungen entscheiden im bejahenden Falle zugleich darüber, ob die Revision eine totale (vollständige) oder partielle (teilweise) sein solle und ob dieselbe durch den Großen Rat oder durch einen Verfassungsrat vorzunehmen sei.

Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt, so berät der Große Rat darüber in zwei ordentlichen Sessionen. Stimmt er dem Entwurfe zu, so wird derselbe in der vorliegenden Fassung dem Volke zur Abstimmung unterbreitet. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Große Rat die Verwerfung des Vorschlages beantragen oder diesem einen eigenen Entwurf gegenüberstellen.

Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 103.

Findet die Revision zufolge des Volksentscheides durch den Großen Rat statt, so wird dieselbe in zwei ordentlichen Sessionen beraten.

Findet dieselbe durch einen Verfassungsrat statt, so wird sie in zwei Lesungen beraten.

Die Verfassungsratswahlen erfolgen auf der gleichen Grundlage wie die Wahl der Abgeordneten auf den Großen Rat. Auf dieselben ist keiner der für die letztere vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle anwendbar.

Art. 104.

Auch der Große Rat kann von sich aus gemäß den für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen die Verfassung revidieren, nachdem er vorher in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmäßigkeit der Revision ausgesprochen hat.

Art. 105.

Die durch den Großen Rat oder durch einen Verfassungsrat revidierte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung unterbreitet.

Art. 106.

Bei den in Vollziehung der Artikel 102 und 105 angeordneten Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger.

Art. 107.

Jedes aus einer Volksinitiative hervorgegangene Revisionsbegehren wird an den Großen Rat gerichtet.

Die das Begehren unterstützenden Unterschriften werden gemeindeweise abgegeben und die Stimmberechtigung der Unterzeichner muß durch den Gemeindepräsidenten bescheinigt werden. Dieser hat sich auch von der Echtheit der ihm verdächtig scheinenden Unterschriften zu versichern.

IX. Titel

Uebergangsbestimmungen

Art. 108.

Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.

Ein neues Wahlgesetz soll vor dem 1. Januar 1908 dem Großen Rate vorgelegt werden.

Gegeben im Großen Rate zu Sitten, den 8. März 1907.

Der 1. Vizepräsident des Großen Rates:

Moritz von Werra.

Die Schriftführer:

Ig. Mengis. Cyr. Joris.

DEKRET

vom 23. Mai 1907

die Verfassung vom 8. März 1907 als Staats-Grundgesetz erklärend

DER GROSSE RAT DES KANTONS WALLIS,

Nach Einsicht des Gesamtergebnisses der Volksabstimmung vom 12. laufenden Mai über die am 8. März 1907 vom Großen Rate angenommene Verfassung;

Erwägend, daß aus der Zusammenstellung der bezüglichlichen Abstimmungsverbale hervorgeht, daß die Mehrheit der Bürger, die an der Abstimmung teilgenommen, sich für Annahme des Verfassungs-entwurfes ausgesprochen hat;

Auf den Antrag des Staatsrates,

beschließt:

Art. 1.

Die Verfassung vom 8. März 1907 ist als Staats-Grundgesetz erklärt.

Art. 2.

Der Staatsrat wird mit der Veröffentlichung des gegenwärtigen Dekretes beauftragt.

So gegeben vom Großen Rate, zu Sitten, den 23. Mai 1907.

Der Präsident des Großen Rates:

Moritz von Werra.

Die Schriftführer:

Ig. Mengis.

Cyr. Joris.

DER STAATSRAT DES KANTONS WALLIS,

beschließt:

Vorstehendes Dekret soll Sonntag, den 2. Juni 1907, in allen Gemeinden des Kantons veröffentlicht und angeschlagen werden, um sofort in Kraft zu treten.

Gegeben im Staatsrate, zu Sitten, den 27. Mai 1907.

Der Präsident des Staatsrates:

J. Burgener.

Der Staatskanzler:

K. Roten.

BUNDESBESCHLUSS

betreffend

die Gewährleistung der revidierten Verfassung des Kantons Wallis

vom 30. März 1908

DIE BUNDESVERSAMMLUNG DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT,

nach Einsicht der Botschaft und des Antrags des Bundesrates vom
1. November 1907 betreffend die revidierte Verfassung des Kantons
Wallis vom 8. März 1907;

in Erwägung:

daß Artikel 2, Alinea 1, nur im Sinne der Artikel 49, 50 und 53
der Bundesverfassung ausgelegt und angewendet werden darf;

daß die Verfassung im übrigen nichts enthält, was den Vorschriften
der Bundesverfassung widerspräche;

in Anwendung von Artikel 6 der Bundesverfassung,

beschließt:

1. Der Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907 wird im
Sinne der Erwägungen die eidgenössische Gewährleistung erteilt.

2. Der Bundesrat wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses
beauftragt,

Also beschlossen vom Ständerate,

Bern, den 13. Dezember 1907.

Der Präsident:

P. Scherrer.

Der Protokollführer:

Schatzmann.

Also beschlossen vom Nationalrate,

Bern, den 30. März 1908.

Der Präsident:

Paul Speiser.

Der Protokollführer:

Ringler.

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

beschließt:

Vollziehung des vorstehenden Bundesbeschlusses.

Bern, den 11. April 1908.

Im Namen des schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Brenner.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Ringier.

